

# Bundesbanker: So bleibt der Euro eine Erfolgsgeschichte

Europäische Visionen auf dem **Jahresempfang der Geldwächter** in Hannover

VON CLAUDIA BREBACH

**HANNOVER.** Der Jahresempfang der Bundesbank in Hannover dreht sich immer wieder um dasselbe Thema: die Niedrigzinsen der Europäischen Zentralbank und deren Staatsanleihepolitik. Diesmal allerdings beließ es Bundesbankvorstand Andreas Dombret nicht bei den kritischen Tönen seines Hauses. Im Alten Rathaus skizzierte er gestern auch die Visionen, die Europas Finanzpolitik in Zukunft bestimmen sollen.

Dazu gehört eine Bestandsaufnahme. Dombret über den Delors-Plan zur Währungsunion, den der damalige Präsident der EG-Kommission 1988 bei einem Gipfeltreffen in Hannover vorstellte: „Mittlerweile nutzen 19 Länder und mehr als 300 Millionen Menschen den Euro. Das ist eine echte Erfolgsgeschichte.“

Um die fortzusetzen, seien nun drei weitere Schritte notwendig, deren reale Chancen der Bundesbanker teilweise skeptisch sieht.

Wie etwa eine Fiskalunion, bei der die Kontrollrechte für nationale Haushalte auf die EU übertragen würden. Da die Regierungen nämlich bislang selbst über Einnahmen und Ausgaben entschieden, biete dieses Ungleichgewicht der Verantwortlichkeiten einen Anreiz für die Länder, sich zu verschulden. Schritt Nummer zwei werde gerade realisiert: die Bankenunion, nach der die EU jetzt die direkte Aufsicht über die 120 größten Banken der Gemeinschaft übernimmt. „Ein logischer Schritt“, so Dombret, weil dies eine Bedingung für eine einheitliche Geldpolitik sei.

Dann folgt die Kapitalmarktunion, über die letztlich Finanzierungen etwa von Unternehmen viel stärker über deren Standorte hinaus geleistet und daher Risiken vermindert würden. Dazu gehört allerdings eine Vielzahl von Gestaltungsmaßnahmen von Börsenprospekten über Privatplatzierungen bis hin zum Insolvenzrecht. Zur aktuellen Niedrigzinsphase

räumte Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider mit Halbwahrheiten über sprudelnde Steuerquellen auf. „Wenn die Einnahmen steigen, steigen auch die Ausgaben“, sagte er im Hinblick etwa auf die diese Woche beginnenden Tarifverhandlungen für die Landesbediensteten. Das

Land nutze weiter bestehende Einsparpotenziale, stoße dabei aber an Grenzen. Der Bund müsse etwa im Bereich Bildung und Infrastruktur mehr drauf tun, um dem Auftrag des Grundgesetzes zu folgen: „Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herzustellen.“



**BLICK AUF DIE GESAMTLAGE:** Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret, sein hannoverscher Kollege Stephan Freiherr von Stenglin, Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) und der Bremer Bankenverbandschef Ludwig Blomeyer-Bartenstein (von links).

HAZ, 24. Feb. 2015

WIRTSCHAFT

# Banken vor schwierigerem Jahr

## Skeptische Töne beim Bundesbank-Empfang / Vorstand Dombret für Kapitalmarktunion

VON STEFAN WINTER

**HANNOVER.** Die Finanzbranche geht mit gemischten Gefühlen in dieses Jahr. Beim Jahresempfang der Bundesbank-Hauptverwaltung in Hannover reichten sich gestern die Problembeschreibungen aneinander. Vor „Risiken und Nebenwirkungen“ der lockeren EZB-Geldpolitik warnte Stephan Freiherr von Stenglin, Präsident der Hauptverwaltung, die für Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt zuständig ist. Die Geldflut habe „den Nebeneffekt, die Risikoneigung zu erhöhen“ und Geld von Banken und Anlegern in die falschen Kanäle fließen zu lassen.

Ludwig Blomeyer-Bartenstein, Vorsitzender des Bremer Bankenverbands, verwies auf Niedrigzinsen, Regulie-

rungsaufwand und neue Konkurrenten, die die Branche vor „tiefgreifende Herausforderungen“ stellen: „Ertragreiches Bankgeschäft ist kaum möglich.“

Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret fühlt sich derzeit gleich aus zwei Gründen an das heikle Jahr 2010 erinnert: Wieder beherrsche Griechenland die Schlagzeilen, und wieder habe die EZB mit ihren Anleihenkäufen eine, wie die Notenbankler sagen, „außergewöhnliche Maßnahme“ ergriffen. Die Anleihenkäufe sieht Dombret kritisch, zu Griechenland hielt er sich gestern bedeckt: Nur „vorläufig“ könne sich die Situation jetzt klären. Griechenland werde weiter Unterstützung brauchen, und die könne nur gegeben werden, wenn Griechenland selbst seinen Teil zur Besse- rung beitrage.



**Bundesbanker Stephan von Stenglin warnt vor Risiken der EZB-Politik.** Foto: Bundesbank

Regierungen beim Überschreiten bestimmter Grenzen notfalls die Hoheit über ihre Finanzen an die EU abgeben, sei vorerst nicht mehrheitsfähig. Eine Nummer kleiner, dafür aber weit gediehen, sei die Bankenunion. Die Verlagerung der Großbankenaufsicht auf die EZB sei ein „grober und extrem logischer Schritt“, zudem werde der für 2016 beschlossene Abwicklungsmechanismus Staaten und Steuerzahler bei Bankpleiten besser schützen.

Das dritte Projekt auf der Liste des ehemaligen Investmentbankers ist eine europäische Kapitalmarktunion. Sie bringe vor allem dem Mittelstand neue Finanzierungsmöglichkeiten und führe zu einer besseren Streuung des Risikos. „Fraglos sind das große Schritte“, sagte Dombret. Aber sie seien die Mühe wert.